

Wer den „deutschen Sonderweg“ nicht will . . .

. . . sollte auch nicht versuchen, die NATO in wichtigen Fragen zu „germanisieren“

Von Josef Joffe

Während die neue Regierung in der Innenpolitik hin- und herhoppelt, hat sie in der Außenpolitik bislang alles richtig gemacht: nervöse Freunde beruhigt, Kontinuität be- und geschworen. Jetzt aber scheint sie ohne Not eine Krise mit den wichtigsten Verbündeten anzuzetteln, die Übles verheißt. Entweder erlebt Rotgrün die erste große Niederlage, was schlimm genug wäre. Oder schlimmer: Bonn setzt sich durch und reißt damit just an jenem Faden, der die Allianz auf-räufeln könnte.

Zwar beteuert Außenminister Fischer, daß jetzt kein „deutscher Sonderweg“ beginne. Aber er habe dem NATO-Generalsekretär Solana schon signalisiert, „daß wir darüber reden wollen, weil wir die Dinge anders sehen“. Welche? Es sind nicht alles Kleinigkeiten, die Rotgrün den Freunden in Paris, London und Washington zumuten will. Es geht, erstens, um den Alarmstatus von Atomwaffen; runter damit, fordert die Koalitionsvereinbarung. Das ist das geringste, ja ein Pseudo-Problem, weil die strategischen

Waffen der Atomkräfte längst nicht mehr aufeinander gerichtet sind, was sich aber womöglich bis Bonn noch nicht herumgesprochen hat.

Zweitens: Die NATO möge dem Ersteinsatz von Atomwaffen abschwören. Auch dieser Ruf klingt wie ein Tribut an alte ideologische Sentimente, aber er ist zugleich unnötig und töricht. Unnötig, weil niemand in der NATO danach lechzt, bei der erstbesten Gelegenheit ein atomares *cruise missile* durchs Küchenfenster des Kreml zu jagen. Unklug, weil Rotgrün damit eine Konfrontation mit den USA lostreten würde, die Bonn nicht gewinnen kann. Denn Amerika behält es sich vor, auf chemische oder biologische Angriffe atomar zu antworten. Diese Abschreckungsdrohung, die ihre Wirkung im Golfkrieg vielleicht schon bewiesen hat, wird sich Washington von den Deutschen nicht aus der Hand winden lassen.

Der dritte und schwierigste Punkt steht allenfalls indirekt im Koalitionspapier: Das Bündnis soll „an die Normen und Standards von UN und OSZE“ gebunden werden. Übersetzt: keine NATO-

Aktion *out-of-area* ohne Segen der UN, also des Sicherheitsrates. Das ist ein alter Bekannter aus dem friedensbewegten Lager von Rotgrün, aber es wäre trotzdem besser, die Sache nach Beckenbauers „Schau'-mer-mal“-Prinzip weiterzuspielen – so, wie Fischer es von Anfang an getan hat.

Wer die Friedenseinsätze der NATO kategorisch an ein UN-Ja binden will, sagt indirekt oder ungewollt: „Ich will weder NATO-Einsätze noch die NATO selbst.“ Denn im Sicherheitsrat werden Moskau und/oder Peking die Allianz stets durch ihr Veto lähmen. Und: Als Unterorgan der UN würde sich das Bündnis selbst ad absurdum führen. Denn: Wer braucht eine NATO, die so handlungsunfähig wäre wie UN und OSZE? Ihre Daseinsberechtigung nach dem großen Ost-West-Konflikt ist es doch, als Gruppe von Gleichgesinnten Macht im Dienste des Friedens oder der Humanität auszuüben. Fischer und Freunde sollten es also gut bedenken, bevor sie aufs Ganze gehen. Das wäre just der „deutsche Sonderweg“, den Fischer nicht beschreiten will.